

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 20.06.2013

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Schneider

Bezirksbürgermeisterin

CDU

Frau Bacso

Herr Kögler

Frau Wehmeyer

anwesend ab 17:20 Uhr, TOP 5.1

abwesend ab 21:20 Uhr, TOP 16

Herr Weigert

SPD

Herr Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert

Frau Herting

Herr Lichtenberg

Frau Pfaff

stellv. Bezirksbürgermeisterin

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlen:

Herr Baum (SPD)

Frau Flegel-Hoffmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Thiel-Youssef (Die Linke)

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Herr Fler, Gemeinnützige Baugenossenschaft Brackwede e. G.

Herr Lompa, Planungsbüro Drees & Huesmann

Herr Steinbrecher, moBiel GmbH

Herr Frank, Umweltamt

Herr Goldbeck, Immobilienservicebetrieb

Herr Groß, Bauamt

Frau Schreiber, Immobilienservicebetrieb

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede

Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 38. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung:

Frau Paff beantragt, die Tagesordnung unter Anfragen im öffentlichen Teil um den Punkt „Nachfolgeregelung stellvertretende Amtsleitung des Bezirksamtes Brackwede“ zu erweitern und verweist diesbezüglich auf die Berichterstattung im Westfalenblatt vom 19.06.2013.

Frau Schneider weist den Antrag zurück, da es sich hierbei um Personalangelegenheiten handele, die nach der Geschäftsordnung des Rates nichtöffentlich behandelt werden müssten.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Zu Punkt 1.1 Errichtung einer öffentlichen Grillfläche in Gadderbaum

Einwohnerfrage von Herrn Fred Müller in der Sitzung vom 23.05.2013:

„Kann im Stadtbezirk Gadderbaum eine öffentliche Grillfläche/ ein öffentlicher Grillplatz eingerichtet werden?“

Herr Hellermann verliest dazu die Antwort des Umweltamtes:

Die Möglichkeit der Einrichtung einer öffentlichen Grillfläche/eines öffentlichen Grillplatzes im Stadtbezirk Gadderbaum sei unter Zugrundelegung der nachfolgend genannten Standortkriterien von der Verwaltung letztmalig in 2003 geprüft worden (s. Drucksachen-Nr. 8410/1999-2004):

- Angemessener Abstand zu angrenzender Wohnbebauung
- Gute gestalterische Einbindung bzw. Abgrenzung innerhalb von Grünanlagen
- Gute Einsehbarkeit (im Hinblick auf soziale Kontrolle)
- Ausreichend Platz mit befestigten Flächen u. a. für Sitzmöglichkeiten, Tische etc.
- Wohngebiete mit hohem Anteil an Geschosswohnungsbau
- Ausreichendes Stellplatzangebot
- Kurze Wege zwischen Stellplätzen und Grillplatz

Damals seien Standorte auf dem Johannisberg und dem Gelände der kommunalen Baumschule geprüft worden. Diese seien nicht in Betracht gekommen. An dieser Situation bzw. dem nicht Vorhandensein geeigneter Standorte für Grillplätze im Stadtbezirk Gadderbaum habe sich bis heute nichts geändert. Die Einrichtung einer öffentlichen Grillfläche/eines öffentlichen Grillplatzes sei daher hier bis auf Weiteres nicht möglich.

Frau Schneider merkt ergänzend an, dass unbeschadet dessen Vorschläge für geeignete Flächen eingereicht werden könnten. Diese würden dann von der Fachverwaltung geprüft.

Herr Müller hat eine schriftliche Ausfertigung der Antwort erhalten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Fragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 23.05.2013

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 23.05.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin

Frau Schneider teilt mit:

1. Leitung des Begegnungszentrums Pellahöhe

Frau Domke, Leiterin des Begegnungszentrums Pellahöhe in Gadderbaum, verlasse dieses zum 01.07.2013. In einem an die Bezirksvertretung Gadderbaum gerichteten Schreiben, das den Mitgliedern der Bezirksvertretung vorliege, bedanke sie sich für die erfolgreiche Zusammenarbeit, die „Rückendeckung“ zu Krisenzeiten –insbesondere im Jahr 2011, als die Pellahöhe geschlossen werden sollte- und die interessanten und bereichernden Begegnungen. Eine Nachfolgeregelung werde zurzeit ausgearbeitet.

2. Eröffnung des Sportplatzes „Sportpark Gadderbaum“ am 12.07.2013

Am 12.07.2013 sei der sanierte Sportplatz „Sportpark Gadderbaum“ offiziell eröffnet und an die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer übergeben worden.

3. Unterschriften-Aktion zum Erhalt der Bürgerberatungsfiliale in Gadderbaum

Am 12.07.2013 seien 1.100 Unterschriften für den Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum Dezernent Dr. Witthaus übergeben worden. Das weitere Vorgehen der Verwaltung bleibe nun abzuwarten.

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Hellermann verliest die nachfolgenden Mitteilungen:

4. Stadtradeln

In der Zeit vom 30.06.-20.07.2013 würden wieder Bielefelder Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz, für eine saubere Luft, einen verantwortlichen Umgang mit den Ressourcen, für ein nachhaltiges Mobilitätskonzept und für ein gesundes Leben radeln. Bei Interesse erfolge die Anmeldung über www.stadtradeln.de. Nähere Informationen dazu bietet auch die städtische Homepage unter www.bielefeld.de/de/un/kli/mot/stadtradeln. Gerne stehe auch der Stadtradelkoordinator des Umweltamtes, Herr Schelp (0521 51-2844), mit Rat und Tat zur Seite.

5. Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Deckertstraße zwischen Eggeweg und Am Großen Feld

Das Amt für Verkehr teilt mit:

„Die Leuchte in der Deckertstraße zwischen Eggeweg und Am Großen Feld ist nicht mehr standsicher und muss in Kürze ausgetauscht werden. Zusätzlich sollen in diesem Bereich zur gleichmäßigeren Ausleuchtung zwei weitere Klarglaspilzleuchten aufgestellt werden. Es handelt sich somit um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage.

Derzeit wird geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 4.600 Euro.“

6. Austausch der Peitschenmasten in der Straße Eggeweg zwischen Artur-Ladebeck-Straße und Windfang

Das Amt für Verkehr teilt mit:

„In der Straße Eggeweg müssen 21 Peitschenmasten gegen Aufsatzmasten ausgetauscht werden. Mit dem Austausch der Masten werden auch die Mastansatzleuchten gegen Kofferleuchten ausgetauscht.

Es wird derzeit geprüft, ob Anliegergebühren anfallen werden. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 46.000 Euro.“

7. Austausch der Peitschenmasten in der Straße Johannistal

Das Amt für Verkehr teilt mit:

„In der Straße Johannistal müssen zwölf Peitschenmasten gegen Aufsatzmasten ausgetauscht werden. Mit dem Austausch der Masten werden auch die Mastansatzleuchten gegen Kofferleuchten ausgewechselt.

Es wird derzeit geprüft, ob Anliegergebühren anfallen werden. Die Gesamtkosten für die Baumaßnahme betragen ca. 29.800 Euro.“

8. Gemeinsame Sondersitzung am 02.07.2013

Am Dienstag, den 02.07.2013, finde im Großen Ratssaal des Neuen Rathauses eine gemeinsame (öffentliche) Sondersitzung aller Bezirksvertretungen, des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und des Stadtentwicklungsausschusses statt. Dabei gehe es um die Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet.

9. Johannisberg

Herr Frank, Umweltamt, teilt auf schriftliche Nachfrage von Herrn Spilker folgendes mit:

Wohnmobilstellplatz:

Zurzeit befinden sich der Immobilienservicebetrieb, das Amt für Verkehr und das Ordnungsamt im gemeinsamen Gespräch, um Regelungen zu treffen, inwiefern Wohnmobile dazu angehalten werden könnten, auf dem dafür vorgesehenen Stellplatz zu parken. Angedacht seien hier insbesondere eine Parkscheibenregelung und regelmäßige Kontrollen.

Öffnung des Winzer'schen Gartens:

Bedingt durch vergaberechtliche Problematiken und die noch herzustellende Verkehrssicherheit durch Absperrungen sei der Winzer'sche Garten in etwa vier Wochen begehbar.

Zwiebelpflanzen auf dem Johannisberg:

Die Zwiebelpflanzen hätten sich leider nicht wie erhofft entwickelt. Verantwortlich dafür sei der starke Graswuchs, so dass die Pflanzen nur schlecht durch den Rasen hindurch wachsen konnten. Dieser werde jetzt vermehrt gemäht, so dass zumindest im Herbst die Krokusse wachsen sollten.

10. Dichtheitsprüfung

Herr Heimbeck teilt mit, dass § 61 a des Landeswassergesetzes (Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen) zwischenzeitlich aufgehoben worden sei. Eine neue Rechtsverordnung werde derzeit diskutiert. Aktuelle örtliche Pressemitteilungen, in denen als einzige Ausnahme die Abwasserleitungen im Wasserschutzgebiet Gadderbaum noch bis zum 31.12.2013 auf Dichtheit zu prüfen wären, seien nicht korrekt.

Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Umweltfreundliche Unkrautvernichtung auf dem sanierten Sportplatz "Sportpark Gadderbaum"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5887/2009-2014

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2013:

„Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung bei einer zukünftigen Verkrautung des sanierten Sportplatzes „Sportpark Gadderbaum“ auf die Verwendung von Glyphosat zur Unkrautbekämpfung zu verzichten und stattdessen das Unkraut auf der Basis von Heißwasserdampf umweltfreundlich zu beseitigen.“

Frau Pfaff begründet den Antrag und weist insbesondere darauf hin, dass der Kunstrasen mit Korkeichengranulat verfüllt sei, das –im Gegensatz zu herkömmlichen Gummigranulat- Temperaturen bis zu 100 °C aushalte, weshalb eine umweltfreundlichere Unkrautbeseitigung mit Wasserdampf möglich wäre und nicht auf umweltschädliches Glyphosat zurückgegriffen werden müsse.

Herr Hellermann verliest anschließend die Stellungnahme des Umweltbetriebes zum vorgestellten Antrag. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes habe sich am 05.12.2012 mit der Problematik des Einsatzes von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln befasst und die Fachverwaltung unter Anderem binnen Jahresfrist um Information gebeten. Der Umweltbetrieb bereite zurzeit den Sachverhalt auf und wird für den Betriebsausschuss des Umweltbetriebes und den Schul- und Sportausschuss eine Informationsvorlage, zur Beratung nach der Sommerpause 2013, erstellen. Da es sich hierbei um einen generellen Sachverhalt handele, der das gesamte Stadtgebiet betreffe, sollte aus Sicht der Verwaltung von einer Einzelbeschlussfassung abgesehen und an die Fachausschüsse verwiesen werden.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Herren Heimbeck, Kögler und Spilker beteiligen, schlägt Herr Brunnert vor, den ursprünglichen Antrag um den Passus „(...auf die Verwendung von Glyphosat zu verzichten), zumindest bis die Ergebnisse der vom Umweltbetrieb eingeleiteten Prüfung vorliegen und den Fachausschüssen vorgestellt wurden“ zu ergänzen.

Herr Witte fragt, ob sich der Lieferant des Korkeichengranulats eventuell

an den Kosten der Unkrautbeseitigung durch Heißwasserdampf beteiligt könne. Dieses Verfahren könnte auch in seinem Interesse liegen, da es sich beim -mit Korkeichengranulat verfüllten- Kunstrasenplatz des Sportparks Gadderbaum um ein Referenzobjekt handele. Die zukünftige Unterhaltung/Pflege sei sicherlich auch für andere potentielle Kunden des Lieferanten von Belang. Er schlägt vor, den ursprünglichen Antrag um diesen Prüfauftrag zu erweitern.

Anschließend stellt Frau Schneider den erweiterten Antrag zur Abstimmung. Sodann ergeht folgender, vom ursprünglichen Antragstext abweichender

Beschluss:

1. **Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung bei einer zukünftigen Verkrautung des sanierten Sportplatzes „Sportpark Gadderbaum“ auf die Verwendung von Glyphosat zur Unkrautbekämpfung zu verzichten, zumindest bis die Ergebnisse der vom Umweltbetrieb eingeleiteten Prüfung vorliegen und den Fachausschüssen vorgestellt worden sind.**
2. **Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung des Weiteren um Prüfung, ob der Lieferant des Korkeichengranulats sich an den Kosten für die Unkrautbeseitigung durch Heißwasserdampf beteiligen könne.**

-abweichend vom ursprünglichen Antragstext bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 6

StadtParkLandschaft - Aufbau und Weiterentwicklung touristischer Infrastrukturen in Bielefeld / Wettbewerb zur Umsetzung der Maßnahmen: Informationspunkt Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5925/2009-2014

Frau Schreiber, Immobilienservicebetrieb, erläutert die Beschlussvorlage und geht dabei näher auf die geplanten Änderungen des überarbeiteten Informationspunktes auf dem Johannisberg ein: Dieser sei, in Form eines Solitär, nun nach allen Seiten offen, mit starken Sichtbeziehungen zum umliegenden Grün. Hier werde durch die offene Bauweise eine Bewegungs- und Begegnungsmöglichkeit geschaffen. Der Raum sei mit schiebbaren Glastüren versehen und werde nachts verschlossen. Zudem sei der so entstehende Raum multifunktional und könne eventuell auch für kleinere Informationsveranstaltungen genutzt werden. Die Toiletten seien nun in einem separaten Gebäudeteil untergebracht, in dem sich auch ein zusätzlicher Raum für die Technik befinde. Der finanzielle Aspekt habe sich allerdings als problematisch erwiesen, so dass letztendlich die ursprünglich geplanten Duschen nun keinen Platz mehr gefunden hätten. Die dafür anfallenden Investitions-, sowie die energetischen Kosten für Heizung und Lüftung seien als zu hoch bewertet worden. Eventuell werde für sog. E-Bikes, angrenzend an den Gebäudeteil, in dem die Toiletten untergebracht seien, eine Pergola errichtet, wo entsprechende

Ladestationen vorgehalten werden könnten. Zudem könne im südöstlichen Bereich eventuell ein Motorik-Park eingerichtet werden, als neuen Ausgangs- und Aufwärmepunkt für Sporttreibende auf dem Johannisberg und der näheren Umgebung. Frau Schreiber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass weder die Pergola, noch ein möglicher Motorik-Park Gegenstand der vorliegenden Beschlussvorlage seien.

Herr Brunnert äußert sich positiv über die entstandene Transparenz und die soziale Kontrolle, die dadurch ermöglicht werden würde. Verwundert zeigt er sich allerdings über den Vorschlag, eine Pergola zu errichten und kritisch sieht er den Wegfall der Duschen. Diese seien ein zentrales Element der ursprünglichen Planungen gewesen und deren Vorhaltung auf Grund des angrenzenden Wohnmobil-Stellplatzes sicherlich von Nutzen. Im Übrigen erkundigt er sich nach den Folgekosten im personellen Bereich, die für das tägliche Auf- bzw. Abschließen der Glastüren vermutlich anfallen würden.

Frau Schreiber merkt dazu an, dass der Personaleinsatz durch Hausmeister, die ohnedies in umliegenden Einrichtungen (wie z. B. dem Bauernhausmuseum) tätig seien, geleistet werden könnte, so dass kein finanzieller Mehraufwand entstehe.

Frau Paff weist darauf hin, dass sie der Beschlussvorlage in der dargestellten Form nicht zustimmen könne. Voraussetzung sei seit Aufnahme der Planungen gewesen, dass Duschen für die Wohnmobilisten entstehen sollten. Dass auf diese nun verzichtet würde, sei nicht hinnehmbar. Darüber hinaus sei sie weder mit der Form, noch mit der Materialauswahl für den neu geplanten Informationspunkt einverstanden; dieser erinnere nun an einen „wenig einladenden, leblosen Kasten“.

Frau Schreiber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass als Material Stampfbeton ausgewählt worden sei, der an muschelkalkähnlichen Sandstein erinnere. Zudem seien die Sitznischen mit Holz ausgekleidet. So solle ein „kalt“ wirkender Eindruck verhindert werden.

Herr Spilker hingegen befürwortet den Wegfall der Duschen, da diese ohnehin zu weit von dem Wohnmobil-Stellplatz entfernt lägen und keinerlei (sozialer) Kontrolle unterliegen würden. Als positiv erachtet er auch, dass die Toiletten nun in einem separaten Gebäude untergebracht würden. So entfalle der kritisierte „dunkle Gang“. Insgesamt sei der Transparenz-Gedanke in dem überarbeiteten Entwurf konsequent umgesetzt worden. Unabhängig davon weist er darauf hin, dass Glasscheiben auch immer ein Risiko für Vögel darstellen könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erläutert Frau Schreiber, dass sich automatisch öffnende und schließende Schiebetüren für den geplanten Informationspunkt aus verschiedensten Gründen (mögliche Störmeldungen, Sicherheitsaspekte etc.) nicht geeignet wären.

Anschließend bittet Frau Schneider die Bezirksvertretung um ihr Votum. Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen, den Immobilienservicebetrieb zu beauftragen, den im Rahmen des Wettbewerbs mit dem 1. Preis be-

werteten und den Anforderungen nach optimierten Entwurf des Architekten Max Dudler, Frankfurt, (s. Anlage zur Beschlussvorlage) für den Informationspunkt Johannisberg umzusetzen.

6 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
4 Nein-Stimmen

-somit mehrheitlich beschlossen-

Zu Punkt 7

StadtParkLandschaft - Aufbau und Weiterentwicklung touristischer Infrastrukturen in Bielefeld / Wettbewerb zur Umsetzung der Maßnahmen: **- Besucherinformationszentrum Sparrenburg** **- Informationspunkt Johannisberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5599/2009-2014

Frau Schneider weist im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage auf das den Bezirksvertretungsmitgliedern vorliegende Schreiben von Herrn Fortmeier, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, hin. Darin führe er aus, dass eine Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses Anfang Mai ohne abschließende Empfehlung der Bezirksvertretung Gadderbaum zwingend notwendig gewesen wäre, um Planungssicherheit zu erreichen und um den Architekten Max Dudler beauftragen zu können. Unabhängig davon seien die geäußerten Kritikpunkte in die Entscheidung eingeflossen und würden auch umgesetzt werden.

Frau Pfaff äußert sich kritisch zu den von Herrn Fortmeier geäußerten Begründungen. Insbesondere die Argumentation zum überbezirklichen Objekt Sparrenburg könne sie nicht nachvollziehen.

Herr Witte und Herr Brunnert äußern ihr Unverständnis über den gewählten „SPD-Ratsfraktion“- Kopfbogen des Schreibens, da Herr Fortmeier in seiner Funktion als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses überparteilich agieren sollte.

Ungeachtet dessen fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses:

- 1. Der im Rahmen des Wettbewerbs mit dem 1. Preis bewertete Entwurf des Architekten Max Dudler, Berlin (s. Anlage) soll für das Besucherinformationszentrum Sparrenburg und den Informationspunkt Johannisberg zur Ausführung kommen.**
- 2. Der Immobilienservicebetrieb wird beauftragt, mit dem ersten Preisträger über die Anpassung des Entwurfs für den Informationspunkt Johannisberg zu verhandeln und die ausgelobten**

Maßnahmen auf der Grundlage des Wettbewerbssiegers umzusetzen.

- 3. Der Sieger des Wettbewerbs, der Architekt Max Dudler, Berlin wird im Rahmen eines Architektenvertrages mit der Realisierung seines Entwurfs beauftragt.**

3 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

7 Ja-Stimmen

-mehrheitlich beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 8

Einrichtung eines Informationssystems auf dem Johannisberg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5713/2009-2014

Herr Frank, Umweltamt, erläutert die Beschlussvorlage und geht im Anschluss auf Anregungen aus der Bezirksvertretung ein.

Auf Nachfrage von Herrn Spilker zum auf Tafel Nr. 8 erwähnten „Bielefelder Gymnasium“ weist Herr Frank darauf hin, dass es sich hierbei um das heutige Ratsgymnasium Bielefeld handele. Die aktuelle Bezeichnung könne ggf. in Form eines Klammerzusatzes aufgenommen werden.

Herr Heimbeck stellt fest, dass es sich bei Tafel Nr. 12 um das Jahr 1845 handeln müsse, in dem der Unternehmer Rudolf Rempel eine als revolutionär verdächtige Rede gehalten habe. Im Übrigen gebe es am Bielefelder Pass mehr touristische Attraktionen, als Tafel Nr. 1 anzeige und nennt exemplarisch den römischen Wachturm an der Sparrenberger Egge in Verlängerung der Promenade.

Herr Frank weist darauf hin, dass eine komplette Übersicht über alle interessanten Punkte nicht umzusetzen, und dass die getroffene Auswahl bereits im Hinblick auf unterschiedlichste Kriterien wie z. B. Attraktivität des Angebotes, Erreichbarkeit, historische und kulturelle Relevanz etc. geprüft worden sei. Überdies werde die auf dem Informationsträger dargestellte Karte grafisch noch überarbeitet.

Zu Tafel Nr. 6 ergänzt Herr Heimbeck, dass auf dem Johannisberg im Jahre 1875 ein öffentlich zugänglicher Geflügelhof errichtet worden sei, und dort zahlreiche Geflügelausstellungen stattgefunden hätten, die zu großgesellschaftlichen Ereignissen avancierten. Er bittet um Berücksichtigung folgenden Zitats: „Ein Stückchen, allerdings nur kleines und begrenztes, eines im Keime sprossenden zoologischen Gartens.“

Herr Frank merkt dazu an, dass der Text für die Tafel Nr. 6 zum historischen Schützenhaus bereits zu diesem Zeitpunkt zu lang sei, und noch gekürzt werden müsse, weshalb sich die Integration des vorgebrachten Zitats als schwierig erweisen könnte. Zudem müsse der vorletzte Satz, der sich auf den historischen Anbau beziehe, noch geändert werden, da nicht bekannt sei, wie lange dieser tatsächlich genutzt worden sei. Ver-

mutlich werde der Satz in „Ein provisorischer Anbau konnte ab 1949 vorübergehend genutzt werden (...)“ geändert.

Auf Nachfrage von Herrn Witte zu den Auswirkungen auf den Ergebnis- bzw. Finanzplan erläutert Herr Frank, dass sich die Mehrkosten für Miet- und Pachtzahlungen auf 433,00 Euro pro Jahr belaufen würden und als sog. Wertverbesserungsmaßnahmen deklariert seien.

Frau Pfaff bittet darum, dass ausführlichere Informationen, für die auf den Tafeln kein Platz mehr sei, in einer ergänzenden Broschüre aufgenommen werden könnten.

Dazu weist Herr Frank darauf hin, dass zusätzliche Informationen auch in dem neuen Informationspunkt untergebracht werden sollen. Zudem würden, einer Anregung der Bezirksvertretung folgend, auch sog. „QR-Codes“ an den Stelen und Pulttafeln angebracht, über die interessierte Besucherinnen und Besucher via Smartphone weitreichendere Auskünfte erhalten können.

Auf Vorschlag von Frau Schneider fasst die Bezirksvertretung folgenden, vom ursprünglichen Beschlussvorschlag abweichenden,

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz die Themen, Inhalte, Standorte sowie die Finanzierung der Informationsträger auf dem Johannisberg entsprechend der Darstellung in der Beschlussvorlage und der dazugehörigen Anlagen 1 – 3, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Anregungen und Änderungswünsche, sofern diese textlich umsetzbar sind, zu beschließen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 9

Grundsatzentscheidung zur Realisierung der Linie 5 von Heepen über den Jahnplatz/Adenauerplatz nach Senne und Senne- stadt sowie zum neuen Netzkonzept für den weiteren Stadtbahnausbau und zur Planung der neuen Linie 5 in Niederflur- technik

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummern: 5778/2009-2014 und 5778/2009-2014/1

Herr Steinbrecher, moBiel GmbH, verweist einleitend auf die Berichterstattung in der gemeinsamen Sondersitzung der betroffenen Bezirksvertretungen am 22.05.2013 bezüglich der Grundsatzentscheidung zur Realisierung der Linie 5, sowie zum neuen Netzkonzept und zur Planung der neuen Linie in Niederflurtechnik (*Anmerkung der Schriftführerin: Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung und die dazugehörige Präsentation sind im System hinterlegt*). Anschließend beantwortet er Fragen aus der Mitte der Bezirksvertretung.

Herr Spilker weist darauf hin, dass im Bereich des Adenauerplatzes die Ampelschaltungen der neuen Linie 5 angepasst werden sollten, damit ein reibungsloser Verkehrsfluss an diesem viel befahrenen Knotenpunkt gewährleistet werde. Zudem macht er auf die zusätzlichen Kosten aufmerksam, die durch die vorherige Sanierung der B 68 Richtung Sennestadt durch den Bund anfallen würden, wenngleich die Straße danach wegen der Bauarbeiten für die neue Straßenbahnlinie erneut aufgerissen werde.

Herr Steinbrecher weist darauf hin, dass die neue Linie 5 im Bereich des Adenauerplatzes vermutlich mit der Verkehrs-Hauptflussrichtung laufen werde, so dass die Durchlässigkeit anderer Verkehrsteilnehmer nicht eingeschränkt werde. Zu der vorgebrachten Kritik bezüglich vermeidbarer Umbauarbeiten und damit zusätzlich anfallenden Kosten führt er an, dass die Problematik bereits bekannt sei und Lösungsansätze gesucht würden.

Herr Brunnert merkt an, dass für den Stadtbezirk Gadderbaum insbesondere die Systementscheidung Hoch- bzw. Niederflur von großem Interesse sein werde und bittet um nähere Präzisierung, was genau mit dem „Bereich Bethel“, der mehrfach in der Beschlussvorlage bezüglich einer Endstation bzw. einer Verknüpfungs- und Wendeanlage genannt werde, gemeint sei. Aus seiner Sicht machte die geplante Anlage nur an der bisherigen Haltestelle „Friedrich-List-Straße“ Sinn. Zudem erkundigt er sich, ob die im Gadderbaumer Gebiet liegenden Hochbahnsteige auch von einer Bahn in Niederflurtechnik angefahren werden könnten, oder ob diese zurück gebaut werden müssten. Die Hochbahnsteige seien vor Allem im Bereich der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel bezüglich der Barrierefreiheit notwendig, da die selbstständige Mobilität z. B. bei Rollstuhlfahrern ansonsten beeinträchtigt werden würde. Im Übrigen bemängelt er, dass es der Beschlussvorlage an entscheidenden Informationen und erläuternden Skizzen oder auch Fotos fehle.

Herr Steinbrecher merkt dazu an, dass das neue System mindestens die gleiche Qualität im Hinblick auf Barrierefreiheit haben werde, wie das heutige, lediglich auf einem anderen Höhenniveau. Der Höhenunterschied zwischen niederflurgerechtem Bahnsteig und Straßenbahneinstieg betrage – technisch bedingt- voraussichtlich zwei bis drei Zentimeter. Des Weiteren müsse jedes Hochflurfahrzeug in der Lage sein, jeden Bahnsteig anzufahren. Die Durchlässigkeit des Systems sei vor dem Hintergrund, dass in den Hauptverkehrszeiten die Linie 1 nach Brackwede weitergeführt werden solle, zwingend notwendig. Bezüglich eines genauen Standortes für den angedachten Verknüpfungspunkt im Bereich Bethel befinde man sich weiterhin in der Planung.

Herr Witte erkundigt sich nach den geplanten Kosten für das Vorhaben. Laut Vorlage würden die Gesamtkosten für Streckenausbau, Planungskosten und Bau des Betriebshofes auf ca. 217 Millionen Euro geschätzt. Die Förderquote betrage einer vorläufigen Schätzung zufolge ca. 156 Millionen Euro, dies entspreche 72 % der Kosten für die Gesamtmaßnahme. Ca. 11 Millionen Euro würde die Stadt Bielefeld als Eigenanteil für die Kosten aus zusätzlichen Maßnahmen, die nicht unmittelbar aus dem Stadtbahnbau begründet seien, aufbringen müssen. Der Eigenanteil der moBiel GmbH werde auf ca. 50 Millionen Euro geschätzt. Da hohe Investitionen aber zwangsläufig auch höhere Abschreibungen bedeuteten, verringere sich ergo der Gewinn der Gesellschaft, so dass die jährliche Zuweisungssumme der Stadtwerke Bielefeld an die Stadt ebenfalls geringer ausfallen würde. Außerdem stelle sich die Frage, wer für even-

tuelle Mehrkosten aufkommen würde, falls die Kostenkalkulation erheblich vom endgültigen Stand abweichen sollte.

Hierzu führt Herr Steinbrecher aus, dass sich die in der Beschlussvorlage aufgeführten Kosten anhand von Erfahrungswerten qualitativ geschätzt worden seien. Eine Vollkostendeckung werde bereits erreicht, wenn neun Millionen Fahrgäste zusätzlich den ÖPNV nutzen würden. Zum Vergleich führt er an, dass allein im vergangenen Jahr ein Fahrgastzuwachs von einer Million Fahrgästen zu verzeichnen gewesen sei – und das ohne zusätzliche Optimierungsmaßnahmen seitens der moBiel GmbH. Das Fahrgastpotential sei sicherlich vorhanden, so dass mit keinem Fehlbetrag zu rechnen sei.

Herr Heimbeck weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der ÖPNV zukunftssträftig, und damit ausbaufähig sei. Mit der heutigen Grundsatzentscheidung könne für die Flächengroßstadt Bielefeld eine wichtige Weiche für die Zukunft gestellt werden. Insbesondere für den Stadtbezirk Gadderbaum, und damit auch für den bereits thematisierten Verknüpfungspunkt im Bereich Bethel, wünsche er sich, dass Politik und Bürgerinnen und Bürgerinnen in die Entscheidungsfindung mehr einbezogen würden.

Frau Pfaff spricht sich ebenfalls für den Bereich „Friedrich-List-Straße“ für eine Verknüpfungs- und Wendeanlage, vor Allem im Hinblick auf die Nähe zum Marktkauf und die v. Bodelschwingh-Schulen, aus.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff erläutert Herr Steinbrecher, dass sich für den Kraftfahrzeugverkehr kein Vorteil durch die Niederflurlösung ergebe, da der Bahnsteig 30 Zentimeter hoch sei. Aus stadtgestalterischen Aspekten sei dieser dennoch positiv zu bewerten. Im Übrigen seien die Bahnsteige kürzer, da die Steigungsgrenzen geringer ausfielen.

Herr Brunnert fügt hinzu, dass es sicherlich richtig sei, dass die städtebauliche Verträglichkeit mit Hochbahnsteigen eher negativ sei, dies treffe im Stadtbezirk Gadderbaum aber nicht zu. Hier, gerade im Bereich der Artur-Ladebeck-Straße, seien Hochbahnsteige voll vertretbar.

Herr Spilker fragt nach, ob extreme Witterungsverhältnisse, wie z. B. starker Schneefall, im Niederflurnetz problematisch werden könnten. Außerdem weist er darauf hin, dass bei Hochflurbahnsteigen durch die größere Distanz zum sonstigen Straßenverkehr häufig ein subjektiv erhöhtes Sicherheitsgefühl vorhanden sei. Außerdem könnte ein Niederflurbahnsteig im Bereich der Friedrich-List-Straße die Schüler verstärkt dazu verleiten, die Artur-Ladebeck-Straße an nicht dafür vorgesehenen Stellen zu überqueren und den (niedrigeren) Bahnsteig zu erklimmen. Dieses „Problem“ trete bereits jetzt auf, und könnte durch einen niedrigeren Bahnsteig noch intensiviert werden.

Bezüglich der Witterungsverhältnisse teilt Herr Steinbrecher mit, dass eventuell auftretende Problematiken nicht der Netztechnik zuzuordnen seien. Wegen des verringerten Sicherheitsabstandes zwischen Kraftfahrzeugverkehr und Bahnsteig verweist er auf Städte, in denen bereits mit Niederflurtechnik gefahren werde; hier sei kein erhöhtes Unfallaufkommen zu verzeichnen. Im Übrigen sei man gegen Fehlgebrauch durch Schüler nicht gefeit.

Frau Schneider merkt abschließend an, dass der Stadtbezirk Gadderbaum bei den Bürgerbeteiligungen z. B. in Form von Werkstattwochen

mehr einbezogen werden könnte. Bisher sei der Stadtbezirk noch nicht außerordentlich berücksichtigt worden, obwohl tiefgreifende Veränderungen zu erwarten seien.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen Gadderbaum empfiehlt dem Rat, soweit es den Stadtbezirk Gadderbaum betrifft, zu beschließen:

- 1) Für den weiteren Stadtbahnausbau werden beim Liniennetz folgende Änderungen vorgenommen
 - Es wird eine neue Linie 5 Heepen - Radrennbahn - Kesselbrink - Jahnplatz - Adenauerplatz - Brackwede - Senne - Sennestadt eingeführt.
 - Die Linie 1 wird verkürzt auf den Abschnitt Schildesche - Jahnplatz - Bereich Bethel.
- 2) Die Linie 5 Heepen - Sennestadt wird in Niederflurtechnik geplant.
- 3) Für den Abschnitt Jahnplatz - Adenauerplatz und für den neuen Endpunkt der Linie 1 im Bereich Bethel/Artur-Ladebeck-Straße werden die Ergebnisse der von moBiel zu beauftragenden Machbarkeitsstudie sowie der vom Amt für Verkehr bereits beauftragten Verkehrsuntersuchung Jahnplatz den politischen Gremien vorgelegt.
- 4) Entsprechend der oben genannten Zielsetzung wird die Stadtbahnlinie 5 Heepen – Sennestadt realisiert, wobei die jeweiligen weiteren Planungsschritte den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden.
- 5) Die moBiel GmbH wird auf Basis dieser Beschlüsse beauftragt, die Anmeldeunterlagen für die Förderprogramme von Bund und Land zu konkretisieren und die entsprechenden Anmeldungen vorzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ Ga1.1 "Ellerbrocks Feld" Teilplan 1 für eine Teilfläche des Gebietes östlich "Am Großen Feld", nördlich des Hortweges im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5861/2009-2014

Herr Lompa, Planungsbüro Drees & Huesmann, erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die im Bereich „Schöne Aussicht“ aktualisierten

Planungen. Die gegenüber dem Aufstellungsbeschluss wesentliche Änderung betreffe den Neubau nördlich des bereits vorhandenen Gebäudes (ehemaliges Ledigenheim). Dieser werde nunmehr dreigeschossig geplant, die maximal zulässige Gebäudehöhe betrage somit 13,50 Meter. In diesem Zusammenhang geht er auch auf die von der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft Brackwede“ (gbb) in Auftrag gegebene Verschattungsanalyse ein: Diese zeige, dass die umliegenden Häuser des Gebietes „Ellerbrocks Feld“ durch den Neubau verschattungstechnisch nicht tangiert werden würden. An den Planungen für das bereits bestehende Gebäude habe sich im Übrigen nichts geändert. Dieses werde vollständig saniert und modernisiert, um marktfähige Wohneinheiten zu schaffen. Lediglich die Baugrenze werde durch die Errichtung von Balkonen etwas vergrößert, was baurechtlich bereits zu diesem Zeitpunkt zulässig sei. Die Stellplatzsituation werde neu geordnet, indem abgeschlossene Parkebenen mit einem begrünten Dach errichtet werden würden. Der Straßenraum werde, entsprechend seiner Erschließungsfunktion, auf 6,00 Meter Breite zurückgebaut und als private Verkehrsfläche festgesetzt.

Frau Pfaff zeigt sich erfreut darüber, dass die Planungen entsprechend den in der Bezirksvertretung geäußerten Bedenken geändert worden seien, und die Geschossigkeit des Neubaus reduziert würde.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 19:25 - 20:10 Uhr:

Während der Sitzungsunterbrechung werden von beteiligten Bürgerinnen und Bürgern, die im Bereich des Ellerbrocks Feld wohnen bzw. dort Grundstücke erworben haben, Fragen zum weiteren Verfahren gestellt: Herr Groß erläutert, dass der heute beratene Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans für die Dauer eines Monats ausgelegt werde. In diesem Zeitraum könnten Bürgerinnen und Bürger mögliche Bedenken vorbringen, zudem würden die entsprechenden Fachämter beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Erst im Anschluss käme es zu einem Satzungsbeschluss, der letztendlich vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossen werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzungsunterbrechung werden insbesondere die möglichen (Problem-)Felder Entwässerung, Ersatzpflanzungen, Einhaltung von Abstandsflächen, sowie die Parkraumsituation diskutiert.

-.-.-

Nach Wiedereintritt in die Sitzung fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

- 1. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Ga 1.1 „Ellerbrocks Feld“ Teilplan 1 wird mit der Begründung gemäß §§ 2 (1), 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) als Entwurf beschlossen.**
- 2. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Ga 1.1 „Ellerbrocks Feld“ Teilplan 1 ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Gemäß § 4 (2) BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes einzuholen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Verwendung der Sondermittel des Stadtbezirks Gadderbaum in 2013

Frau Schneider verweist auf das Schreiben der beiden Vereine SuK Canlar e.V. und SV Gadderbaum 08 e. V., das mit der Einladung versandt worden sei. Zur Beschaffung von Spielerkabinen an der Außenbahn des sanierten Sportplatzes im Sportpark Gadderbaum würden 3.000 Euro als Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln beantragt.

Frau Imkamp merkt an, dass die Bezirksvertretung über 4.899 Euro Sondermittel verfüge. Bedingt durch die Haushaltssperre in Höhe von 10 % seien nun noch 4.409 Euro abrufbar.

Herr Brunnert weist ergänzend darauf hin, dass die beiden Sportvereine in eben diesem Bereich auch zusätzlich Sponsoring-Möglichkeiten prüfen sollten.

Herr Heimbeck hebt das bisherige geleistete ehrenamtliche Engagement der Vereine hervor. Überdies wäre bereits viel finanzielle Eigenleistung erbracht worden, weshalb er einen Zuschuss aus bezirklichen Sondermitteln in Höhe von 1.800 Euro für angemessen erachte.

Herr Witte hält einen Zuschuss in Höhe von 1.500 Euro, der dem Preis für eine Spielerkabine entspreche, für adäquat.

Herr Kögler und Herr Weigert sprechen sich für einen Zuschuss im Rahmen von 500-600 Euro aus, der eine geeignete Beteiligung der Bezirksvertretung und eine Honorierung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Vereine symbolisiere.

-.-.-

Sitzungsunterbrechung von 20:20 Uhr – 20:25 Uhr

-.-.-

Auf Vorschlag von Frau Schneider fasst die Bezirksvertretung anschließend folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt den beiden antragstellenden Vereinen SuK Canlar Bielefeld e. V. und SV Gadderbaum 08 e. V. aus den zur Verfügung stehenden bezirklichen Sondermitteln einen Zuschuss in Höhe von 800 Euro zur Beschaffung einer Spielerkabine zur Aufstellung im Sportpark Gadderbaum.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Freibad Gadderbaum - Aktueller Sachstand

Frau Pfaff berichtet in ihrer Funktion als Vorsitzende des Freibadfördervereins zum aktuellen Sachstand und verteilt diesbezüglich eine Tischvorlage. Strom und Wasser auf dem Freibadgelände und in dem Gebäude seien vor ca. zwei Wochen von Seiten der BBF GmbH abgestellt wor-

den. Nennenswerte Vandalismusschäden habe es bisher nicht gegeben. Der Umweltbetrieb werde vermutlich zwei Mal in der aktuellen Saison die Grünflächenpflege durchführen, zurzeit stehe das Gras allerdings hüft-hoch.

Für das Bürgerbegehren seien zwischenzeitlich 8.748 Unterschriften gesammelt worden, das erforderliche Quorum betrage 10.156 Stimmen. Das Ziel des Vereins seien 12.500 Unterschriften, um mögliche ungültige Stimmen ausgleichen zu können. Um mit einem potentiellen Bürgerentscheid in die Abwicklung der Bundestagswahl kommen zu können, müssten die Unterschriften bis zum 02.07.2013 bei der Stadt Bielefeld abgegeben werden, damit sich der Rat in seiner Sitzung am 18.07.2013 mit dem Bürgerbegehren befassen könne. In der Zwischenzeit werde das Bürgeramt die gesammelten Unterschriften auf die rechtlich und formell erforderlichen Voraussetzungen überprüfen. Bis zum 30.06.2013 seien verschiedenste Aktionen geplant, um die erforderlichen Unterschriften zu komplettieren. Falls das Quorum von 10.156 Stimmen nicht erreicht werden sollte, würden die Vereinsmitglieder über das weitere zeitliche Vorgehen entscheiden. Eine zeitgleiche Abwicklung mit der in 2014 stattfindenden Kommunalwahl erscheine angesichts der zu erwartenden politischen Querelen unglücklich, ein eigenständiges Datum zur Durchführung des Bürgerentscheides verursache indes zusätzliche Kosten für die Stadt Bielefeld in Höhe von 300.000 Euro.

Abschließend führt Frau Pfaff zum Spendenportal www.zusammenschaffen.de an, dass sich der aktuelle Stand auf 106.040 Euro belaufe. Es habe neben zahlreichen privaten Spenden auch bereits einige Großspender gegeben. Angesichts der Spendensammlungen zu Gunsten der Flutopfer hat der Freibadverein in den letzten Tagen auf offensive Spendenwerbung verzichtet. Auch die geplante bundesweite Aktion sei verschoben worden. Ursprünglich sei eine Beendigung der Spendenaktion für Ende Juli 2013 vorgesehen gewesen. Vermutlich werde diese nun verlängert.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 13.1 **Anlage eines Fahrradschutzstreifens am Haller Weg - Beschluss vom 23.05.2013**

„Den erweiterten Planungen des Amtes für Verkehr wird in der vorliegenden Form (s. Anlage 1 zur Niederschrift) zugestimmt. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung um die Ausfertigung einer entsprechenden Beschlussvorlage.“

Herr Hellermann teilt mit, dass – lt. des Amtes für Verkehr- mit einer entsprechenden Beschlussvorlage für die Bezirksvertretung in einer der nächsten Sitzungen nach der Sommerpause zu rechnen sei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-